

Sonderthema: Sechs Jahre unabhängige Volksrepubliken



wperiod.su: Im April 2014, nach einem gesetzwidrigen Staatsstreich in Kiew und dem darauf folgenden Beitritt der Krim zu Russland, beschloss der Donbass – die Oblaste Donezk und Lugansk – sich von der nationalfaschistischen Ukraine abzutrennen. Die Oblaste nannten sich nach dem Willen ihrer Bürger die Donezker und die Lugansker Volksrepublik – DVR und LVR.

Am 7. April 2014 rief in der Donezk der Kongress der Vertreter der territorialen Versammlungen, politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen die Gründung der DVR aus. Im Akt über die staatliche Selbständigkeit wurde unterstrichen, dass die Republik „ihre Beziehungen mit anderen Staaten entsprechend dem internationalen Recht, auf der Grundlage von Gleichberechtigung und gegenseitig nützlicher Beziehungen aufbauen wird. Das Territorium der Donezker Volksrepublik in den anerkannten administrativen Grenzen ist unteilbar und unantastbar“.

Der Kongress beschloss die Deklaration über die Souveränität der DVR, eines Staates, in dem die Hauptsache der Vorrang, die Selbständigkeit, die Einheit und die Unteilbarkeit der Volksmacht in ihrem Territorium, die Unabhängigkeit und Gleichberechtigung in den äußeren Beziehungen ist, in dem das Volk die Quelle der Staatsmacht ist, die wichtigsten Fragen ... werden in einem Referendum entschieden.

Am 11. Mai 2014 fand in den Republiken ein allgemeines Referendum statt. Bei diesem sprachen sich die Einwohner des Donbass für die Abspaltung von der Ukraine aus. Einer der Wegbereiter der Akte der Volksrepublik war der Kommunist Boris Alexejewitsch Litwinow. Er steht an der Spitze der Kommunistischen Partei der DVR und verteidigt weiter die Freiheit und die Volksmacht in der Republik.

In einem Interview mit „Sowjetskaja Rossija“ erinnert sich B. Litwinow an jene Tage:

- Es war ein Volksaufstand. Die Öffentlichkeit brodelte. Es gab eine nicht einfache Situation. Vom 7. April bis 11. Mai gab es in der DVR eine Doppelherrschaft: die alte Staatsmacht war noch da aber es gab schon die neue Staatsmacht des aufständischen Volkes. Wir, die Teilnehmer des Kongresses, die die neue Staatsmacht darstellten, begannen uns sofort nach der Deklaration auf das Referendum vorzubereiten. Das Volk sollte seine Meinung sagen, ob es die Schaffung der Republiken, deren Austritt aus dem Staatsverband der Ukraine und den Eintritt in die RF nach dem Beispiel der Krim unterstützt. Unser Stab wurde zum Zentrum der Vorbereitung des Plebiszits. Ich war im Namen der Volksregierung beauftragt, mich mit seiner Organisation zu befassen. In einem Monat und zehn

Tagen erstellten wir ein Paket von Dokumenten, führen die ganze organisatorische Arbeit durch. Es mussten 1500 Wahllokale geöffnet werden! Alles geschah auf gesellschaftlicher Grundlage.

Wie es vorgesehen war, fand am 11. Mai in beiden Republiken das Referendum mit einer enormen Beteiligung statt. Nur in der Sowjetunion erinnere ich mich an eine solche Aktivität der Bürger. Der Enthusiasmus des Volkes war unglaublich! Es gab allein 22.500 Mitglieder von Kommission, Beobachtern und Organisatoren. Hätte es vor Ort die Strukturen der Kommunistischen Partei gegeben, auf die ich mich stützte – ich weiß nicht, ob es gelungen wäre, eine solch gewaltige Veranstaltung durchzuführen.

Die Ausrufung der DVR, das Referendum wurden als Bewegung in Richtung Russland und als Vereinigung in der Sowjetunion aufgefasst. Die Krim begeisterte. Die Union zwischen Russland und Weißrussland heizte die Stimmung auf. Man war der Auffassung, dass der Vereinigungsprozess begonnen hatte.

- *Dann der Triumph der Abstimmung.*

- In der DVR sprachen sich 89,8% für „Ja“ aus, in der LVR mehr als 90%.

Am 11. Mai wurde abgestimmt, und am 12. Mai um 12:20 Uhr war alles ausgezählt und die Ergebnisse wurden verkündet. Keinerlei Fälschungen! Die Kommission arbeitete bis zum Umfallen, alle wollten möglichst schnell die Einmütigkeit des Donbass zeigen.

Als wir am 11. Mai das Referendum durchführten, kam der Krieg in voller Fahrt in den Norden der DVR. Slawjansk wurde bombardiert, seine Vorstadt Semjonowka, wo sich ein psychiatrisches Krankenhaus befand, wurde so gut wie vollständig zerstört. Auf den Sitzungen unserer Regierung waren regelmäßig militärische Berichte zu hören. In Slawjansk bildete sich unsere Miliz, sie wurde von Igor Strelkow geführt. Zur Unterstützung der Verteidiger des Donbass kamen Menschen aus Donezk.

Ich äußere Strelkow gegenüber Respekt und Dankbarkeit. In der Zeit, in der er die Angriffe der ukrainischen Soldateska abwehrte, konnten wir das Referendum auf dem ganzen Territorium des Donbass vorbereiten und durchführen. Die Willenserklärung war zu hören. Der unvergessliche Russische Frühling fand statt. Der Donbass begeht ihn jährlich.

- *Die Feiern zum sechsten Jahrestag werden durch die Coronavirusquarantäne erschwert.*

- Darin liegt natürlich ein Problem. Aber wir Kommunisten, Patrioten, werden nicht zulassen, dass der Feiertag zum Schweigen gebracht wird. Sei es aus der Ferne, über unsere Massenmedien, über Ansprachen an die Menschen im Internet – aber wir werden alle sowohl an den 7. April als auch an den 22. April – den 150. Geburtstag W.I. Lenins -, den 9. Mai – den Tag des Sieges, den 11. Mai – den Tag des Referendums – erinnern. Das sind unsere größten Volksfeiertag. Das ist unser Russischer Frühling, der seine Realisierung erwartet.

Wir hatten Pläne für Kundgebungen, Züge, Blumenniederlegungen an den Denkmälern für W.I. Lenin, die Befreier des Donbass, wir wollten nach Saur-Mogila gehen, unsere Motorradfahrer wollten eine Rallye durchführen. Aber COVID-19 bringt seine schlimmeren Korrekturen ein.

- Sechs Jahre – das ist nicht einfach der Jahrestag der Ausrufung der Republiken und des Referendums, das sind Jahre des militärischen Konflikts mit der profaschistischen Ukraine und des angespannten Wartens auf die Anerkennung der DVR und der LVR?

- Ja, einer in die Länge gezogenen Erwartung. Wir sind jetzt in den Minsker Prozess eingebunden, der das Blutvergießen nicht stoppen kann. In Kiew haben die Präsidenten gewechselt, aber die Politik gegenüber der DVR und der LVR hat sich nicht verändert. Seit Ende März, kaum dass Vertreter der OSZE wegen der Pandemie abberufen wurden, haben die ukrainischen Besatzer die Beschüsse und Städte und Dörfer verstärkt. Es wurde begonnen uns am Tag 90 mal und mehr zu beschießen. Das Feuer erfolgt hauptsächlich auf die Umgebung von Donezk, Gorlowka ... Spartak am Flughafen, Alexandrowka, Staromichajlowka werden beschossen. Es werden Mörser des Kalibers 82mm eingesetzt, Schützenpanzerwagen, Schützenpanzer, Handgranatwerfer, gewöhnliche Waffen, die Infrastruktur wird zerstört. Eine unserer Brigaden ist zur Reparatur einer Transformatorunterstation herausgefahren, die ukrainische Seite wurde benachrichtigt, dass eine Brigade kommt, in der sich ein Vertreter einer gemeinsamen Kontrollgruppe zum Monitoring befindet. Aber die ukrainischen Scharfschützen haben vorsätzlich die Reparaturarbeiter beschossen, einen Vertreter der Kontrollgruppe verletzt, er wurde ins Krankenhaus eingeliefert.

Und dann ist das der Bericht für den Zeitraum vom 4. auf den 5. April: die bewaffneten Formationen der Ukraine haben 22-mal das Feuer auf Ortschaften der DVR eröffnet. Sie haben Golmowskij und die Siedlung des Gagarin-Bergwerks beschossen. Eine Stromleitung auf dem Gebiet des Dolomitwerks in der Gardin-Straße 2 wurde beschädigt, Golmowskij hat keinen Strom, ein Gebäude der Verwaltung der Ortschaft wurde beschädigt, Häuser in Alexandrowka, Signalnoje. Informationen über Verletzte werden noch ermittelt.

In der LVR starben in denselben Tagen durch Beschuss der ukrainischen Streitkräfte zwei Soldaten der Volksmiliz der Republik. Und so sechs Jahre lang. Fast jeden Tag beerdigen wir unsere Bürger. Wann wird das enden?

Unsere Außenministerin Natalja Nikonorowa hat die ukrainische Seite aufgerufen, die Kriegshandlungen während der Pandemie einzustellen. Aber der Vorschlag wurde von der ukrainischen Seite nicht unterstützt. Bei dem Treffen in Minsk am 11. März wurde die Schaffung eines Konsultativrats als Ort des Dialogs unter Beteiligung der Länder des normannischen Formats und der Konfliktseiten, d.h. unserer Republiken, vereinbart. Der Rat hat schon begonnen, in ihm sich solche Politiker wie Medwedtschuk, Siwocha, andere bekannte Personen eingesetzt.

- Haben Bewegungen in Richtung wenigstens einer mittelbaren Anerkennung der Republiken als Subjekte, die das Recht auf eine Stimme haben, begonnen?

- Ich würde bezüglich der Anerkennung nicht in Euphorie verfallen. Obwohl es im Grunde so ist. Aber selbst dieser zaghafte Versuch, sich an den Verhandlungstisch zu setzen und einen wirklichen Dialog zu beginnen, damit endlich die Kriegswaffen schweigen, findet in der heutigen ukrainischen Politik keine Unterstützung. Dort in der Rada haben nationalistisch eingestellte Abgeordnete der Fraktionen „Stimme“, „Europäische Solidarität“, „Vaterland“ und der Gruppe „Für die Zukunft“ eine Entschließung mit der Forderung, eine Schaffung eines Konsultativrats zur Regelung des Konflikts im Donbass nicht zuzulassen und direkten Verhandlungen mit den Republiken zu verbieten, eingebracht. So ist es bisher nicht gelungen, das Gespräch auch nur zu beginnen.

- *Welche Position hat Präsident Selenskij?*

- Er hört das, was ihm die Kämpfer der nationalistischen Bataillone sagen. Obwohl viele von ihnen in anderen militärischen Strukturen „aufgegangen“ sind, haben sie ihren Einfluss nicht verloren. Sie werden vom Innenminister der Ukraine Awakow gedeckt. Mit dieser Kraft muss Selenskij rechnen. Er ist nicht in der Lage, sie aus der politischen Arena zu entfernen. Und die Nationalisten können nirgendwo hin. Sie haben in diesen sechs Jahren Krieg soviel Unheil angerichtet, das ein neues Nürnberger über sie kommen wird. Ihnen bleibt nichts anderes, als den blutigen Kampf fortzusetzen.

Ich schließe nicht aus, dass Selenskij nicht bis zum Ende dieses Jahres als Staatsoberhaupt der Ukraine durchhält. Die Nationalisten gehen aufs Ganze...

Vor kurzem erklärte Selenskij, dass die Amerikaner der Ukraine in diesem Jahr 700 Mio. Dollar Unterstützung zur Verfügung stellen werden. Aber diese Dollars werden die Ukraine kaum aus der Pleite ziehen, in der sie sich befindet. Umso mehr, als mindestens die Hälfte dieser Summe in die Armee gehen wird, in den Kauf von Waffen. Ich bezweifle, dass die zweite Hälfte der Summe die Verschlechterung der materiellen Lage der Bürger stoppen wird. Die Ukraine ist ganz und gar in einer tiefen Krise. Europa, das Kiew früher unterstützt hat, hat jetzt selbst Probleme und ist am allerwenigsten mit dem Geschehen in der Ukraine befasst. Damit drohen negative Folgen für die Kiewer Regierung.

Nach Gerüchten sehen einige ukrainische Strukturen, vor allem ökonomische, einen Ausweg in einer Annäherung an Russland. Und das ist nicht verwunderlich: Wenn es schlecht ist, dann geht man mit ausgestreckter Hand zu Russland. Die Nationalisten lehnen solche Varianten ab und das verschärft die Lage.

Obwohl auch in Russland nicht alles reibungslos verläuft. Es gibt Schwierigkeiten mit North Stream und South Stream, es müssen Berührungspunkte mit der Ukraine gesucht werden, um ihre Gastransportsysteme für die Lieferung nach Europa zu nutzen. Darüber wird bei uns in der Republik gesprochen. Wir möchten, dass die Suche nach Kompromissen nicht zu einer Aufgabe des Donbass führt. Für uns ist das völlig unannehmbar.

- *Gibt es solche Befürchtungen?*

- Direkt spricht Russland nicht davon, aber von Politikern sind einander widersprechende Aussagen zu hören. Einer versichert, dass niemand das Volk des Donbass aufgeben wird, aber andere sind nicht dagegen, uns an die Ukraine zu fesseln. Zum Beispiel hören wir von Kosak solche Worte, dass der Donbass ein Teil der Ukraine ist. Und was ist mit unserer Deklaration über die Souveränität, dem Referendum mit einer einmütigen Entscheidung, dem sechsjährigen Krieg für die Unabhängigkeit von der Ukraine? Ist das wirklich alles umsonst? Bedeutet der Wille der Donbassbewohner wirklich nichts?

Die sozialen Netzwerke sind voll mit unerfreulichen Perspektiven unserer Republiken. Die Menschen beunruhigt das sehr, es untergräbt ihre Hoffnungen und sät Unzufriedenheit.

- *Allem Anschein nach ist es für die russischen Oligarchen nicht günstig, den Donbass als frei von der Ukraine anzuerkennen.*

- In unseren Republiken hat das Verhältnis zu Putin begonnen etwas zu wanken, obwohl es immer noch recht achtungsvoll ist. Ist gibt Pluspunkte: der Rubel, Pässe, humanitäre Hilfe, freie Reisen nach Russland. Aber, damit das Leben im Donbass sich verbessert, ist eine Anerkennung notwendig, wenigstens in der Wirtschaft. Unsere Beziehungen im Handel, der gegenseitige Austausch, erhält nicht den dynamischen Charakter, der einen positiven Effekt für das Leben der LDVR bringen würde. Sechs Jahre sind vergangen, aber die Republiken sind in einem Schwebezustand.

- *Und wie verhalten sich die privaten Unternehmen aus Russland?*

- Sie sehen in unseren Unternehmen potentielle Konkurrenten. Das Volk ist darüber beunruhigt, dass andere russische Strukturen unsere Unternehmen untergraben könnten, damit sie zum Stillstand kommen.

Ein Beispiel - „Stirol“ in Gorlowka, das größte Chemieunternehmen in Europa, Produzent von Dünger, war vor dem Krieg im Besitz des Milliardärs Firtasch. Jetzt wird der Chemiegigant auf die Schließung vorbereitet. Es benötigt viel Gas und das kommt aus Russland. Wieder einmal sind wir auf Gas angewiesen, das wichtiger wird als die derzeitige Produktion, als Arbeitsplätze. Die Menschen sind äußerst beunruhigt. Die Arbeit zu verlieren, ist für sie eine Sackgasse. Eine gegenseitig nutzbringende Zusammenarbeit mit Russland könnte „Stirol“ retten. Aber wo ist diese?

Genau mit dem Erdöl. Die Preise dafür fallen und das Benzin wird teurer. Ein privater Unternehmen macht Gewinne. Er brauchte keine neuen Produzenten, die den Preis senken könnten. Das ist das Wesen des freien Marktes, in diesem kann niemand einem Raffer etwas befehlen.

- *Natürlich sind solche Geschäftsleute kein Geschenk. Aber wie kann man Wladimir Paschkow, den ehemaligen Vizegouverneur der Oblast Irkutsk, der Vizepremier in der Regierung der DVR wurde, sehen?*

- Er vertritt Wneschtorgserwis, das die großen Unternehmen der Republik beeinflusst. Natürlich befördern die Ergebnisse dieser Arbeit den Aufschwung der Wirtschaft der DVR nicht.

„Wneschtorgserwis“ leitet der ukrainische Oligarch Kurtschenko. Er stand der Familie von Janukowitsch nahe. Kurtschenko wurde die „Geldbörse“ Janukowitschs genannt. Und nun ist das Büro des Leiters von „Wneschtorgserwis“ in Moskau-City, unter seiner Kontrolle sind die Unternehmen unserer Metallindustrie, Kokschemie, der Rohrindustrie, einer Reihe von Bergwerken. Alles, was sich im Herrschaftsgebiet von Kurtschenko befindet, ist in äußere Verwaltung übergeben worden. Ich liebe diesen Ausdruck nicht. Was bedeutet in äußere Verwaltung? Was Du willst, das tu? „Wneschtorgserwis“ handelt so. Ich denke, seine Führungsschicht will unsere wichtigsten Aktiva erhalten. Das Schicksal der Einwohner der Republik beunruhigt diese Kapitalisten am wenigsten. Auf der einen Seite bringt man uns humanitäre Hilfe aus der RF, auf der anderen liefert man Geschäftsleute, die die Unternehmen der DVR an sich reißen, ob zu verdienen.

- *Will man sie privatisieren?*

- Nein. Privatisierung gibt es bei uns nicht, es gibt keine Gesetz, weder über die Privatisierung noch über die Nationalisierung. Wir Kommunisten bestehen auf der schnellstmöglichen Annahme eines Gesetzes über die Nationalisierung. Jetzt ist es sehr aktuell. Viele Unternehmen sind ohne Besitzer,

die ehemaligen Eigentümer haben sie verlassen. Ich sehe es so: zurückgelassen, Du willst das Unternehmen nicht in Betrieb nehmen – dann nationalisieren wir es und werden es auf staatlicher Ebene wiederaufbauen. In der DVR gibt es keine überflüssigen Unternehmen, so dass wir im Vorübergehen mit ihnen um uns werfen könnten. Sie wurde durch die Arbeit des Volkes geschaffen. Man könnte Arbeitskollektive heranziehen, die sich mit ihnen befassen. Das wäre eine Konzession. Selbst zu Nullkonditionen, aber das sind Arbeitsplätze, Produktion eines Produkts, einer Ware. Leider erfolgt selbst eine solche elementare Regelung der Unternehmen nicht.

- Wird eine Wirtschaftsform wie Volksunternehmen in Betracht gezogen, wo ein Kollektiv den Produktionsprozess leitet?

- Natürlich wird es in Betracht gezogen. Die Idee von Volksunternehmen interessiert unsere Menschen sehr. Wir Kommunisten propagieren sie. Ein Gruppe von Arbeitern und Techniker des Donezker Metallwerks, das jetzt in den letzten Zügen liegt, kommt zu mir, wir erörtern, wie das Kollektiv das Werk übernehmen kann. In derselben Situation ist das Makejewker und das Jenakiewer Metallwerk, in der LVR das Altschewsker Metallwerk, es gibt vier Kokereiunternehmen, die in die Gruppe des Metallzyklus gehören. Die Kollektive würden sie unter ihre Leitung nehmen, aber es gibt die juristische Unsicherheit in den Fragen des Eigentums, irgendetwas gehört schon Wneschtorgserwis. Und sehr schwierig ist die Frage der Rohstoffe.

Volksunternehmen würden da gelingen, wo die Produktion an eigene Rohstoffe gebunden ist. Das ist die Landwirtschaft, die Weiterverarbeitung, kleine und mittlere Unternehmen. Wir wenden uns mit solchen Vorschlägen an die Regierung, aber dort hört man uns nicht. Das Volk will etwas – die Regierung reagiert nicht.

... Meine Meinung ist, dass das Volk bei uns im Donbass aktiv ist, was es beim Referendum am 11. Mai 2014 bestätigt hat. Seitdem sind sechs sehr schwere Jahre vergangen. Die Menschen sind den Krieg, die Verluste, die Armut, die Angst, die Unsicherheit leid, in gewisser Weise verzweifelt. Und das hat ihre Aktivität verringert. Aber ich bin überzeugt, nicht für immer. Hoffnung dämmert und das Volk gerät in Bewegung. Zeigen Sie auf der Karte der ehemaligen UdSSR noch irgendeine Region, wo das Volk so aufgestanden ist wie im Donbass im Russischen Frühling 2014? Das war eine Übung. Wir werden noch unser Wort sagen.

Und die Aufgabe der Kommunistischen Partei ist es, die Menschen zusammenzuschließen, die Menschen zu bilden. Um uns bildet sich die volkspatriotischen Kräfte, uns unterstützt die KPRF, linke Organisationen Russlands. Wir haben unser Programm für vorrangige Schritte für die DVR ausgearbeitet, haben eine Broschüre herausgegeben. Wir werden eine Konferenz durchführen und alle Patrioten, schaffende Menschen vereinen, die Staatlichkeit der DVR stärken, die Recht unserer Bürger verteidigen, unsere Wirtschaft wiederaufbauen, Volksunternehmen schaffen und alle zusammen auf unser Hauptziel zugehen, auf die Vereinigung mit Russland. Wir wollen in Einheit mit dem russischen Volk leben. Leider werden unsere Völker von Gruppierungen geleitet, die uns nicht in einer Union mit Russland sehen. Mit diesen Gruppierungen sind wir nicht auf demselben Weg.